

WA5 Grundeinkommen

Antragsteller*in: Nicole van der Made (Hannover RV)
Tagesordnungspunkt: 15. weitere Anträge

- 1 Wir erleben zurzeit das Ende des Generationenvertrages und unseres Sozialsystems
2 und damit einen zunehmenden Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhaltes.
3 Dieser hängt sehr mit der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen arm und
4 reich und den daraus resultierenden Existenzsorgen zusammen. Nur ohne
5 Existenzsorgen kann sich wieder ein gesellschaftlicher Zusammenhalt entwickeln.
- 6 Ein Grundeinkommen befreit von Existenzsorgen. Ohne Existenzsorgen könnten die
7 Menschen das machen, was sie wirklich gut können und was ihren Neigungen
8 entspricht. Die Sorge um die eigene Existenz und die der eigenen Familie darf
9 nicht das Leben bestimmen.
- 10 Der Grundgedanke des Grundeinkommens besteht in der bedingungslosen Anerkennung
11 der Existenzgrundlage aller Menschen und deren Freiheit!
- 12 Dafür müssen wir den Sockel aller Einkommen bedingungslos machen. Nicht Geld
13 wird umverteilt, sondern Macht. Es geht um mehr Selbstbestimmung jedes einzelnen
14 Menschen.
- 15 Und es geht um viel mehr als nur um den Arbeitsplatz, es geht um die Existenz
16 vieler Familien und damit um den sozialen Frieden! Deshalb ist es an der Zeit,
17 das Thema Grundeinkommen ernsthaft in allen Parteien und in der Gesellschaft zu
18 diskutieren und fundierte Lösungen zu erarbeiten.
- 19 Wir fordern, dass der Parteivorstand und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
20 in Niedersachsen, sie sich offen und fundiert in die Diskussion um sämtliche
21 Formen des Grundeinkommens einbringt und dabei:
- 22 1. ein Finanzierungskonzept zur Stabilisierung eines Grundeinkommens für
23 alle Bürger*innen von der Geburt bis zum Tod entwirft,
 - 24 2. mittelfristig dafür sorgt, dass in Niedersachsen ein belastbares
25 Modellexperiment zum Grundeinkommen durchgeführt werden kann; und dies von
26 Wissenschaftler*innen mittels einer Studie in alle Richtungen ausgewertet
27 wird. (Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Sozialkomponenten)
 - 28 3. ein Expert*innenrat beruft, der sich aus Gesundheitsexpert*innen,
29 Sozialökonom*innen, Sozialwissenschaftler*innen -, Wirtschaftsexpert*innen
30 sowie Philosoph*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen zusammensetzt.

Begründung

Schon 2013 forderten die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestagswahlprogramm die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag, die sich mit dem Grundeinkommen beschäftigen soll. Im März dieses Jahres auf der LDK in Oldenburg haben wir beschlossen, eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Landesarbeitsgemeinschaften Wirtschaft, Soziales, Frauen, der AG Grundsicherung, der AG Postwachstum und Gemeinwohl, des Parteirates und des Landesvorstands sowie sozialwissenschaftlicher Expertise einzusetzen.

Dies soll die Grundlage dafür schaffen, dass wir in den Jahren 2019 und 2020 eine fundierte Diskussion darüber führen können, wie ein gesellschaftlicher Umbau gelingen kann, der die Bereiche Wirtschafts-, Bildungs-, Sicherheits- und Sozialpolitik umfasst. Wir fordern ernsthaft zu prüfen, ob die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens den Umbau in ein neues Sozialsystem einleiten kann.

Unterstützer*innen

Barbara David (Hannover RV); Mechthild Schmithüsen (Nienburg KV); Jörg Rutzen (Hannover RV); Joachim Klang (Hannover RV); Oliver Kluck (Hannover RV); Ilona Goldmann-Drescher (Hannover RV); Dirk Jahreis (Göttingen KV); Claudia Steinhoff (Emden KV); Ercan Kilic (Salzgitter KV); Bettina Wolpensinger (Hannover RV); Birgit Ballweg (Hannover RV); Julia Stock (Hannover RV); Svenja Schophaus (Hannover RV); Angelica Schieder (Braunschweig KV); Angelika Schwarzer-Riemer (Hannover RV); Christa Karras (Braunschweig KV); Urs Mansmann (Hannover RV); Birgit Brennecke (Rotenburg/Wümme KV); Christopher Steiner (Hannover RV); Thomas Hüper-Maus (Hannover RV)